

Bahr beriet Israel

Entwicklungsminister Egon Bahr hat den Israelis geraten, zur Lösung der Nahostkrise direkte Kontakte mit Moskau aufzunehmen. Die israelische Regierung trug ihm daraufhin eine Vermittlerrolle an, die Bahr — mit Wissen des Bundeskanzlers — übernahm. Amtliche Kreise in Tel Aviv erklärten auch nach einer Gegendarstellung des Bonner Auswärtigen Amtes in der vergangenen Woche: Israel habe den Deutschen im Dezember vergangenen Jahres um seine Vermittlungsdienste gebeten, nachdem Bahr in Gesprächen mit Ministerpräsident Rabin, Außenminister Allon und Verteidigungsminister Peres mehr Flexibilität empfohlen habe. Eine Lösung der Nahostkrise — so Bahr, der nicht in seiner Eigenschaft als Minister in Israel weilte — sei ohne die Sowjets nicht möglich, man dürfe sich daher nicht zu formell verhalten. Die Amerikaner erfuhren von diesem

Ostvorstoß ihres Nahost-Verbündeten durch Bundeskanzler Schmidt, der Präsident Ford unterrichtete. Seither gab es zum ersten Mal nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Tel Aviv im Juni 1967 durch die Sowjets wieder eine Reihe politischer Kontakte zwischen beiden Ländern. Während seiner bevorstehenden Washington-Reise will der israelische Außenminister Allon dort mit Sowjet-Botschafter Dobrynin zusammentreffen.

DDR-Reaktor auf Null

Das DDR-Kernkraftwerk Rheinsberg ist vermutlich auf lange Sicht für die Stromerzeugung ausgefallen. Nach Berichten von DDR-Besuchern mußte die Direktion des Atomreaktors kurz vor Ostern Katastrophenalarm auslösen. Die Reaktorabschirmung war brüchig geworden, und in den Röhren des Kühlsystems hatten sich Haarrisse gebildet — Schäden, die bei allen Reaktoren

der Welt gefürchtet werden. Bei diesen Verschleißerscheinungen besteht zumindest die Gefahr, daß radioaktives Kühlwasser austritt. Nach dem Alarm machte sich sofort ein 40 Mann starker Trupp von Spezialisten in Rheinsberg an die Arbeit. Die Monteure wurden dabei durch einen weiteren Alarmruf unterbrochen. Er kam aus dem Versuchsreaktor in Lubmin, ihrem eigenen Standort. Dort hatten sich zwei Brennelemente verklemt. Den Spezialisten gelang es, diese Panne zu beheben. Auch in Rheinsberg wurde zwar eine Katastrophe verhindert; gleichwohl sind hier die Schäden so umfangreich, daß der Reaktor auf Null gefahren wurde und mithin für längere Zeit keinen Strom mehr liefern kann. Bereits eingetretene Folge: Der Stechlin-See, der zur Kühlung des Reaktors diente (und der erst vor kurzem einer breiten Öffentlichkeit durch eine Fontane-Verfilmung des Fernsehens bekannt geworden ist), erreichte inzwischen

„Carstens' Aussagen waren falsch“

Am 10. Oktober 1974, vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß, war sich CDU/CSU-Fraktionschef Karl Carstens noch ganz sicher: „Ich habe in der Zeit, als ich die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst führte, über Waffenhandel des BND nie etwas gehört. Ich habe über andere Waffenhändler einiges gehört, aber nichts darüber, daß der BND am Waffenhandel beteiligt gewesen ist. Ich muß sagen, daß ich davon heute zum erstenmal höre.“

Erste Zweifel an der Richtigkeit dieser Aussage überkamen den Ex-Staatssekretär, als er am 7. April 1975 im SPIEGEL las, daß Akten des Kanzleramtes über BND-Waffenhandel 1969 von ihm mit Paraphen und Anmerkungen versehen worden waren. Diskret bat Carstens im Kanzleramt um Einsicht. Jetzt bestätigte Helmut Schmidts Kanzleramtschef Manfred Schüler auf Fragen der SPD-Abgeordneten Peter Reuschenbach und Norbert Gansel vor dem Plenum, was Carstens gerne verschwiegen hätte.

Schüler am Donnerstag letzter Woche vor dem Bundestag: „Pressemeldungen, wonach Professor Dr. Carstens in seiner damaligen Eigenschaft als Chef des Bundeskanzleramtes Kenntnis von der Beteiligung

des Bundesnachrichtendienstes an Waffengeschäften hatte, sind zutreffend. Herr Professor Carstens war vom 1. Januar 1968 bis zum 21. Oktober 1969 Chef des Bundeskanzleramtes. Mitte Juli 1969 entstanden im Bundeskanzleramt Akten im Zusammenhang mit der Anfrage einer Steuerfahndungsstelle nach der Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes an Waffengeschäften in den Jahren 1964 bis 1967.

In diesen Akten befinden sich folgende Unterlagen: eine schriftliche Weisung von Professor Carstens vom 23. Juli 1969 an den zuständigen Referenten betreffend die Sachbehandlung, zwei Vermerke vom 11. Juli und 1. August 1969, die Professor Carstens damals abgezeichnet beziehungsweise mit handschriftlichen Anmerkungen versehen hat, sowie ein Schreiben an den damaligen Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums, das der damalige Chef des Bundeskanzleramtes selbst entworfen hat, jedoch nicht hat absenden lassen. Über die Angelegenheit hatte der Präsident des Bundesnachrichtendienstes Herrn Professor Carstens am 10. Juli 1969 auch mündlich vorgetragen.“

Reuschenbach: „Hat die Staatsanwaltschaft im Zuge irgendwelcher



Carstens vor dem Ausschuß

Ermittlungen bei der Bundesregierung schon Auskünfte über den hier zur Rede stehenden Vorgang eingeholt oder erbeten?“

Schüler: „Diese Frage beantworte ich mit Ja.“

SPD-Fraktionssprecher Knut Terjung zog noch am gleichen Tage Bilanz: „Nach dieser Fragestunde steht fest, daß die Aussagen von Professor Carstens vor dem Untersuchungsausschuß falsch waren. Alle Interpretationskünste, die Professor Carstens jetzt vornimmt, sind nichts anderes als der untaugliche Versuch, ein drohendes Ermittlungsverfahren wegen falscher uneidlicher Aussage abzuwenden.“